

Jugend(sozial)arbeit

Niedersachsen darf keinen jungen Menschen verloren geben

Öffentlich schwärmt MP Wulff von Kindern und Jugendlichen als Niedersachsens Zukunft, von den Jugendverbänden als tragenden Säulen der Jugendarbeit, vom Erfolg des landesweiten „Jahrs der Jugend 2006“ und von der finanziellen Sicherheit, die die Landesregierung der Jugend- und Jugendsozialarbeit gebe.

Fakt ist aber:

Benachteiligte Jugendliche sind bei dieser Landesregierung in denkbar schlechten Händen:

- Kürzung der Gelder für die Träger der Jugendarbeit innerhalb von 2 Jahren um 75 %, von 2,6 Mio. € auf jetzt 0,5 Mio. €.
- Komplette Streichung der Finanzmittel für den Kinder- und Jugendplan von 2,6 Mio. € auf Null
- 20 % weniger Zuschüsse für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Zum Jahresende 2006 ließ das Land das erfolgreiche PRINT-Programm (Prävention und Integration) auslaufen. Für PRINT standen jährlich rund 2 Millionen Euro zur Verfügung. Das Nachfolgeprogramm NiKo (Niedersächsische Koordination- und Bildungsprojekte) muss nun mit 20 Prozent weniger Geld auskommen. Das Land war nicht bereit, die durch wegfallende EU-Fördermittel entstehende finanzielle Lücke zu schließen.
- Ausgerechnet im „Jahr der Jugend 2006“ löste die Regierungskoalition das Landesjugendamt - und noch viel schlimmer - den Landesjugendhilfeausschuss auf. Unter dem Vorwand, dies sei nur eine behördeninterne Umorganisation, hat die Wulff-Regierung die neuen Freiheiten und Kompetenzen durch die Föderalismusreform missbraucht, um sich aus ihrer Verantwortung für Kinder und Jugendliche zurückzuziehen. Nunmehr werden Standards je nach Wohnort unterschiedlich, die Qualifizierung und Beratung zufällig.
- Auch die demokratische und fachliche Mitbestimmung der Betroffenen wurde abgeschafft. Der bewährte Landesjugendhilfeausschuss wurde ersetzt durch einen „zahnlosen“ Beirat.
Der kompletten Kommunalisierung der Kinder – und Jugendhilfe ist damit der Boden bereitet. Schon jetzt wächst der Druck (z.B. durch den Landkreistag), auch in den Städten und Gemeinden die Jugendhilfeausschüsse aufzulösen.
- Die Landesregierung hat ausgerechnet im ‚Jahr der Jugend 2006‘ ein funktionierendes Instrument zerschlagen, das mithilfe, Kindern und Jugendlichen faire Entwicklungschancen zu geben
- Durch handwerklicher Dilettantismus der Sozialministerin ging dem Land viel Know-how auf dem Gebiet der Integration verloren. Sei es bei den über 100 Jugendwerkstätten, in denen benachteiligte Jugendliche ihren Schulabschluss nachholen und praxisorientiert qualifiziert werden, sei es bei den o.g. Integrations- und Präventionsprogrammen: Nach Auslaufen der EU-Förderperiode 2006 (Mittel des

Europäischen Sozialfonds [ESF]), standen viele Projekte vor einer ungewissen Zukunft. Grund: Das Sozialministerium hatte weder rechtzeitig die Übergangsfinanzierung bis zum Anlaufen der neuen EU-Förderperiode geregelt, noch verpflichtende Förderrichtlinien erstellt. Vielen erfahrenen Projektmitarbeitern musste deshalb vorsorglich gekündigt werden oder sie suchten selbst eine neue, verlässlichere Berufsperspektive.

Die Positionen der SPD dazu:

- Niedersachsen darf keinen jungen Menschen verloren geben. Die SPD legt deshalb einen zentralen landespolitischen Schwerpunkt auf die Schaffung von Chancengleichheit und Aktivierung/Förderung der persönlichen Potenziale junger Menschen (siehe zu den Einzelmaßnahmen die Karten zum Bildungsprogramm)
- Die SPD wird im engen Dialog mit den Trägern der Jugend(sozial)arbeit die demokratische und fachliche Mitbestimmung der Betroffenen wieder landesgesetzlich absichern. Das Nds. Ausführungsgesetz zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (AG KJHG) wird entsprechend novelliert.
- Eine Kommunalisierung der niedersächsischen Kinder –und Jugendhilfe wird es mit der SPD nicht geben.
- Die SPD wird ihren Kampf gegen die Geißel der Jugendarbeitslosigkeit verstärken. Bereits in ihrem Antrag zum Landeshaushalt 2007 hat sie dafür zusätzlich 1 Mio. € vorgesehen.
- Die SPD wird die verlässliche Vertrauensbasis des Landes gegenüber den Trägern der Jugend(sozial)arbeit wieder herstellen.
- Die Förderinstrumente werden im engen Dialog mit den Trägern der Jugend(sozial)arbeit vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der zunehmenden Bedeutung ehrenamtlicher Arbeit weiterentwickelt.